SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ungleiche Schwestern? Abgeordnete aus Ost und West im Bundestag

Knaut, Annette

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Knaut, A. (2010). Ungleiche Schwestern? Abgeordnete aus Ost und West im Bundestag. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, *2*(3), 40-58. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-394410

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Annette Knaut

Ungleiche Schwestern? Abgeordnete aus Ost und West im Bundestag

Zusammenfassung

Mit der Wiedervereinigung trafen neben ökonomischen, kulturellen und politischen Differenzen der Deutschen in Ost und West auch unterschiedliche Geschlechterbilder aufeinander. Frauen in der DDR, so wollte es die offizielle sozialistische Doktrin, waren gleichberechtigt. Entlang dieser Doktrin richtete sich der Alltag aus. In der Bundesrepublik hatte sich ein traditionelles Verständnis der Geschlechterverhältnisse durchgesetzt. Daneben gab es Frauen, die in der Frauenbewegung gegen Marginalisierung und Ungleichheit kämpften. Diese unterschiedliche Sozialisation prägt bis heute Rollenverhalten und Handlungsstrategien von Frauen im Parlament. Folge der unterschiedlichen Geschlechter-(selbst-)bilder ist, dass Frauen aus dem Osten stärker vom Ausschluss aus parlamentarischen Strukturen betroffen sind als ihre westlichen Schwestern.

Schlüsselwörter
Transformation, Geschlecht, Deutscher Bundestag, Abgeordnete, Sozialisation, Rollenverhalten

Summary

Unequal Sisters? Representatives from East and Western Germany

With German reunification not only did economic, cultural and political differences clash, but also differences concerning (the representation of) gender issues. Women living in the German Democratic Republic were considered equal; at least this was the goal the socialist doctrine strived for. Women's role in everyday life had been shaped by this perception. In the Federal Republic of Germany a traditional understanding of gender roles was predominant. Simultaneously some women were active in the feminist movement fighting against inequality and marginalisation. These different socialisations continue to influence the behaviour and strategies of women in parliament up the current day. Due to the different (self-)images of gender women from Eastern Germany are more often excluded from the main parliamentary structures than their western sisters.

Keywords
Transformation, gender, German Parliament, representatives, political socialisation, role behaviour

1 Das Selbstverständnis von weiblichen Abgeordneten aus Ost- und Westdeutschland

1.1 Zwischen Ideologie, Feminismus und Traditionalismus

Ob Frauen in den Deutschen Bundestag integriert sind oder ob sie immer noch, vor allem informellen, Exklusionsmechanismen ausgesetzt sind, wird in der Literatur nicht eindeutig beantwortet. Literatur zu unterschiedlicher Macht- oder Karriereorientierung und zu (Des-)Integration in parlamentarische Strukturen von Abgeordneten aus Ost und West fehlt weitgehend. Ein einziger Artikel in der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* thematisiert die Integration von ostdeutschen Abgeordneten in den Bundestag (Patzelt

2000).[1] Spezifika politischer Sozialisation von Frauen in unterschiedlichen Systemen sind ebenfalls kaum untersucht (Geißel 1995: 20). Welche Auswirkungen hat die Sozialisation in BRD und DDR auf die Integration von Frauen in Strukturen und Gremien des Bundestags angesichts eines normativen Anspruchs auf eine ausreichende Repräsentation von spezifischen Fraueninteressen und -bedürfnissen?

Es ist zu vermuten, dass die unterschiedlichen Sozialisationen bis heute nachwirken und unterschiedliche Rollenbilder und Handlungsstrategien bewirken. In der Tat gibt es Hinweise, dass die Herkunft aus neuen oder alten Bundesländern noch immer eine Rolle spielt. Bei qualitativen Tiefeninterviews, die die Autorin 2007 mit 28 Abgeordneten des Bundestags im Rahmen ihrer Dissertation führte (Knaut 2010), waren Unterschiede in Sprech- und Denkweisen so offensichtlich, dass eine Recodierung für den vorliegenden Beitrag lohnenswert erschien. Für die in diesem Aufsatz vorgestellten Ergebnisse wurden die vorhandenen Daten erneut im Sinne der ‚grounded theory' (Strauss 1998) axial und selektiv codiert.[2] Für diese explorativ angelegte Studie wurde auf das Datenmaterial aus den elf Interviews mit weiblichen Abgeordneten zurückgegriffen. Die Interviewpartnerinnen verteilen sich wie folgt auf die Fraktionen: drei Abgeordnete der SPD (alle West), eine der CDU (West), zwei der FDP (eine Ost und eine West), zwei der Grünen (beide West) und drei der Fraktion Die Linke (alle Ost). Ziel der hier vorliegenden Untersuchung ist es, erste Erkenntnisse über das Rollenverständnis und die Handlungsstrategien von weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag aus Ost und West zu gewinnen.

Dass selbst bei jüngeren Frauen, die die Teilung nicht mehr erlebt haben, die ‚DDR-Wurzeln' über ihre Mütter noch eine Rolle spielen, bestätigt die Studie „Frauen auf dem Sprung" (Allmendinger 2009). Sie kommt zu dem Schluss, dass es zwar viele Gemeinsamkeiten zwischen jungen ost- und westdeutschen Frauen gibt, aber dass dennoch „zwischen ihnen auch heute noch Welten" (Allmendinger 2009: 76) liegen. So bewerten ostdeutsche Frauen die Berufstätigkeit höher als westdeutsche und sehen es zum Beispiel als normal an, nach der Geburt eines Kindes rasch an den Arbeitsplatz zurückzukehren und ihr Kind in eine Betreuungseinrichtung zu geben. Es lässt sich festhalten: „Tradition und kulturelle Normierungen haben zwanzig Jahre überlebt." (Allmendinger 2009: 78) Diese in den unterschiedlichen Familien- und Gleichstellungspolitiken der beiden deutschen Staaten wurzelnden Einstellungen haben auch heute noch Auswirkungen auf politische Karrieren.

Wer eine politische Karriere anstrebt, muss bereit sein, Politik zum Vollzeitberuf zu machen, und sich auf die tradierten Strukturen im Bundestag einlassen.[3] Glaubt man

1 Auch die Durchsicht der wichtigsten bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften www.vsjournals.de/index.php;do=viewmag/sid=dc078aba162aa34a88b3137d6d595dfd/site=lev/lng=de/area=soz/id=1/alloc=175 verzeichnet nur vier Aufsätze zur Lebenssituation von Frauen in Ost und West. Eine Ausnahme ist der Band „Irritation Ostdeutschland" (Schäfer et al. 2005). Auch eine aktuelle Studie zu jungen Frauen in Deutschland von Allmendinger (2009) beinhaltet ein Kapitel zu Frauen in Ost und West.

2 Dabei wurden Bezüge zwischen einzelnen Codes hergestellt, Daten ausgewählt und miteinander verknüpft und zu folgenden neuen Codes zusammengefasst: Selbstdarstellung, Differenzwahrnehmung Frauen-Männer, Selbstwahrnehmung, Netzwerke, politische Karriere und Politikvermittlung. Die Analyse erfolgte entlang der Achse Ostfrau-Westfrau. Für eine ausführliche Darlegung der Codierung siehe Knaut (2010).

3 Damit soll nicht gesagt werden, dass für DDR-Frauen aufgrund besserer Betreuungsmöglichkeiten für Kinder Politik als Beruf besser ‚passt' oder dass tradierte Strukturen nicht zu ändern sind. Im Gegenteil: Solche ‚männlichen' Strukturen, die mit einer ‚gläsernen Decke' versehen sind, können

der vorliegenden Studie (Allmendinger 2009), wird ein Unterschied zwischen Ost- und Westfrauen im Bundestag noch länger zu spüren sein.

Da die unterschiedlichen Gleichstellungspolitiken in der Selbstbeschreibung der Abgeordneten heute noch durchscheinen, sollen sie kurz ins Gedächtnis gerufen werden: Das Grundgesetz garantiert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Allerdings wurde erst 1977 Frauen und Männern die freie Entscheidung über die Aufgabenverteilung in der Ehe zugestanden (Schrutka-Rechtensamm 1992: 17). Ab 1986 konnten nicht nur Mütter, sondern auch Väter Erziehungsgeld und -urlaub in Anspruch nehmen (Schrutka-Rechtensamm 1992: 17). Solche Errungenschaften auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft sind in der BRD vor allem der Frauenbewegung zuzurechnen.

Ziel der DDR-Politik war die ökonomische und soziale Gleichstellung von Männern und Frauen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft. Das Erziehungssystem war darauf ausgerichtet: So waren in Schulen und Parteien Werke zur Frau im Sozialismus von August Bebel oder Clara Zetkin Pflichtlektüre. Die Frauenbewegung war mit dem 1946 gegründeten Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) staatlich organisiert (Helwerth/Schwarz 1995: 43). Im Arbeitsrecht wurde die Gleichberechtigung in den Betrieben in den 1950er Jahren verankert. Das Verhältnis der Ehepartner wurde 1966 im Familiengesetzbuch neu geregelt: Sie wurden verpflichtet, „ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten, dass beide das Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum eigenen und zum gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können“ (Schrutka-Rechtensamm 1992: 17). Allerdings lastete auch in der DDR die Familien- und Hausarbeit auf den Schultern der Frauen (Schrutka-Rechtensamm 1992: 19). Letztlich blieb die traditionelle Rollenverteilung bestehen. „Es waren indes vorwiegend materielle Zwänge und nicht Theorien zur Gleichberechtigung, die die Frauen in die Doppelarbeit in Beruf und Familie trieben.“ (Schrutka-Rechtensamm 1992: 18) Gleichstellung gehörte zum System und konnte weder hinterfragt noch in Richtung einer individuellen Gestaltung von Arbeits- und Lebenswelt entwickelt werden. So war die ostdeutsche Frauenidentität stark vom Systemgedanken und einem sozialistischen Frauenbild geprägt. Andere Vorstellungen von Gleichberechtigung, wie sie beispielsweise im liberalen oder essenzialistischen Feminismus (Holland-Cunz 1999; Kreisky 2004) gepflegt wurden, waren nicht zugelassen – von Gedanken der Selbstverwirklichung der individuellen Persönlichkeit, wie sie in der westdeutschen Frauenbewegung vorherrschend waren, ganz zu schweigen.

Nicht nur Gleichstellungspolitiken beeinflussen Karriereorientierungen und Verhaltensmuster im Beruf ‚Politik‘, sondern essenzielle Brüche im Leben, bedingt durch historische Ereignisse. So ein Ereignis ist der Zusammenbruch des sozialistischen Systems, den Ost- und Westdeutsche vollkommen unterschiedlich erlebt haben. Westdeutsche musste die neue Situation nicht zwingend berühren. Ostdeutsche dagegen waren nach der Wende gezwungen, ihre Werte, Erfahrungen, Normen und alltäglichen Handlungsstrukturen zu überprüfen – gleich MigrantInnen, die in eine fremde Kultur, in ein ihnen fremdes System kommen, hat sich für sie „quasi über Nacht die komplette Lebenswelt verändert: Institutionen, Regeln, Konventionen, Verhaltensmuster, Konsumgüter, Lebensstile.“ (Bittner 2009: 9)

nur über eine feministische Grundeinstellung durchbrochen werden und nicht, indem Frauen zwar beruflich und ökonomisch gleichgestellt werden, sonst aber das tradierte Modell ‚Die Mutter ist für Erziehung und Kinder da‘ leben und zudem der Überzeugung sind, dass zwischen den Geschlechtern ein partnerschaftliches Verhältnis herrscht.

1.2 Karrierewege von Frauen in den Bundestag

Im Prinzip gibt es drei Wege in den Bundestag: Die ‚Ochsentour' als häufigster Weg ist gekennzeichnet durch eine allmähliche Übernahme politischer Ämter auf kommunaler und Landesebene bis zu einem Mandat im Bundestag (Weege 2003). Dies ist auch für viele Frauen der gängige Karriereweg. Zunehmend schlagen Abgeordnete einen zweiten Weg ein: Dieser führt vom Studium politiknaher Fächer über Teilzeitjobs in Abgeordnetenbüros und erster Berufstätigkeit in Fraktionen, Parteien oder Ministerien zur Übernahme eines Bundestagsmandats. Diese Abgeordneten hatten nie einen Beruf außerhalb der Politik. In der Regel sind dies männliche Karrieren (Knaut 2010). Der dritte und außergewöhnlichste Weg sind Cross-over-Karrieren (Weege 2003). Hier handelt es sich um Abgeordnete, die aufgrund von Reputation und entsprechenden Spitzenpositionen mit entsprechend langer Berufserfahrung ein Mandat übernehmen. Solche SeiteneinsteigerInnen sind die große Ausnahme, auch wenn es im 12. Bundestag (1990 bis 1994) einen besonderen Typus von SeiteneinsteigerInnen gab: die Abgeordneten, die aus der DDR kamen. Inzwischen kann man Ostfrauen nicht mehr als Seiteneinsteigerinnen bezeichnen, da sie eine zwanzigjährige (demokratisch-politische) Sozialisation erfahren haben. In allen Fraktionen finden sich zudem inzwischen Frauen aus den neuen Bundesländern, die nach 1970 geboren wurden. Über deren Karrierewege gibt es keine systematischen Erhebungen, sodass auf Spezifika jüngerer und älterer Abgeordneter hier nicht eingegangen werden kann. Typisch für Westfrauen ist die ‚Ochsentour'. Die politische Karriere beginnt in der Kommune, wenn die Kinder größer sind. Da die Ausübung politischer Ehrenämter mit zahlreichen Abend- und Wochenendterminen verbunden ist, werden politisch Aktive begünstigt, die bereit sind, ihre Familienzeit stark einzuschränken. In der Folge haben weibliche Abgeordnete kaum kleine Kinder – nach einer Recherche der Journalistin Corinna Emundts waren dies 2006 weniger als zehn Abgeordnete (Emundts 2006). Wie sich die Verteilung auf Ost- und Westfrauen dabei darstellt, ist anhand der vorhandenen Quellen nicht recherchierbar.

Warum aber wählen Frauen ‚Politik als Beruf'? In den von der Autorin durchgeführten Interviews ist auffällig, dass weibliche Abgeordnete generell ideelle Ziele nennen, die sie motiviert haben, sich politisch zu engagieren und für Ämter zu kandidieren. Die Westfrauen nennen als Motivation meist konkrete politische oder gesellschaftliche Ereignisse, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der eigenen Lebenswelt standen. Ein solches konkretes Initians verbindet sie mit den Ostfrauen, deren großes gemeinsames Ereignis der Fall der Berliner Mauer und die damit verbundenen gesellschaftlichen Umbrüche waren.[4] Typisch ist folgende Aussage einer Abgeordneten:

„Also, in die Politik gekommen bin ich mehr durch historische Ereignisse. Bei mir war die Wende, da ich DDR-sozialisiert bin, hat sich das einfach ergeben, ich hab' in Berlin gewohnt und war mit auf der Straße und dann ist man an bestimmten Stellen gestanden und ratz-fatz ist man dann in die Politik mit gekommen."[5]

4 Solche konkreten Erfahrungen nennen Männer hingegen kaum. Männliche Abgeordnete schildern eher die Wärme der Jugendorganisation, die sie für politische Inhalte empfänglich gemacht hat, oder das politische Interesse, das durch Vorbilder geweckt wurde (Knaut 2010).

5 Alle separat gesetzten Zitate stammen aus teilstrukturierten Tiefeninterviews, die die Autorin mit Bundestagsabgeordneten 2006/2007 geführt hat.

Alle interviewten Ostfrauen betonen, dass sie die einmalige historische Chance nutzen konnten, um ein Land (neu) mitgestalten zu können. Einig sind sich die Befragten, dass eine politische Karriere für Frauen schwieriger ist als für Männer. West- und Ostfrauen setzen dabei unterschiedliche Akzente: Die Abgeordneten aus der alten BRD ‚kämpfen' gegen Männer oder sehen die politische Karriere als Weg an, auf dem zwar Steine liegen, die man aber über den Alltag im Parlament ausräumen kann – ‚learning by doing' ist ihr Motto. Die ostdeutschen Frauen sehen im Prinzip kein Problem, ebenso wie Männer Spitzenpositionen einzunehmen. Hindernisse liegen ihrer Meinung nach eher ‚im System' selbst. Diese Befunde sind in der Sozialisation verwurzelt: In der DDR „machte selbst mann [sic!] nicht Karriere, sondern ‚übernahm eine Leitungsfunktion'" (Helwerth/Schwarz 1995: 105). Die berufliche Existenz war über das System abgesichert.

1.3 Typen von Rollenidealen

Wie verstehen sich die Abgeordneten selbst und wie versuchen sie, ihre Rolle auszufüllen? Als Ergebnis der Analyse der Interviews konnten induktiv drei unterschiedliche Typen von Rollenidealen ermittelt werden: IdealistInnen, ModeratorInnen und RealistInnen (Knaut 2010). Frauen finden sich bei allen Typen, der dominante Typ bei weiblichen Abgeordneten ist aber der der Idealistin. Interessant ist nun die Frage, ob sich hier auch West-Ost-Differenzen feststellen lassen.

Idealistinnen sind davon überzeugt, dass sie die Gesellschaft zum Positiven verändern können. Sie wollen verändern und gestalten im Sinne ihrer Ideale. Solche Ideale wie soziale Gerechtigkeit, Politik vernünftig gestalten oder eine ‚geschlechtergerechte Gesellschaft' sind teilweise an konkrete Sachziele gekoppelt, wie etwa die Abschaffung der Atomkraftwerke oder die Verankerung des Kinderschutzes im Grundgesetz. Der Einsatz für mehr Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft und im Parlament ist im Besonderen den weiblichen Abgeordneten wichtig – unter den drei Typen sind bei den IdealistInnen Frauen die größte Gruppe (Knaut 2010).

„Es gibt Themen, die Frauen mehr berühren und wo Frauen auch eher eine gemeinsame politische Struktur auch gegen das, das was ich Männerstruktur, oder gesamtgesellschaftliche Struktur auch, das halte ich für wichtig."

Bei den Idealistinnen finden sich Frauen aus Ost und West, ohne dass große Differenzen zu erkennen sind. Typisch westlich ist lediglich, dass die eigene Motivation für politisches Engagement eine schon von Kindesbeinen an als ungerecht empfundene Gesellschaft ist:

„Ich habe sozusagen schon als Kind, als kleines Mädchen, ich komme vom Bauernhof, schon immer sehr stark wahrgenommen, dass es eine gewisse Gerechtigkeitslücke gibt zwischen meinem Vater und meiner Mutter, […] dieser Mangel an Gleichberechtigung und das hat sich dann in meinem Studium fortgesetzt. Ich war Mitglied im AStA als einzige Frau und auch da habe ich gespürt, dass es einen Unterschied ausmacht, welchem Geschlecht man angehört."

Da im Osten Geschlechtergerechtigkeit als Ideologie verordnet wurde, ist dieses Movens für die Ostfrauen kein Thema. Sie thematisieren eher das Ideal einer besseren, gerechteren Gesellschaft, zu der sie als Politikerin beitragen möchten:

„Und mein Ideal ist, wenn man das so beschreiben kann, ist, dass es mehr Vernunft und Gerechtigkeit oder Gerechtigkeit und Vernunft gibt."

Idealistinnen sind also in die Politik gegangen, um die Welt lebbarer und gerechter zu gestalten. Dieser Impetus kommt oft aus früher Sozialisation. Die Ideale, die sie verfolgen, wurden in Kindheit und Jugend geprägt.

Bei den *Moderatorinnen* als zweitstärkster Gruppe unter den Rollenideal-Typen sind im Sample kaum Frauen (und darunter keine Ostfrauen) vertreten. Diese Abgeordneten verfolgen weniger die großen, langfristigen Ziele, sondern wollen ihre Vorstellungen in der Legislaturperiode verwirklicht sehen, ohne dass sie ihre Ideale aufgeben. Politik beschreiben sie als das ‚Bohren dicker Bretter'. Ihr Selbstbild basiert auf Spannungen zwischen Idealen und dem Ziel, realistische Ziele umsetzen zu wollen, sowie auf dem eigenen Anspruch auf die Rolle als Moderatorin mit begrenztem Zeitbudget (Knaut 2010).

Als *Realistinnen* sind nur sehr wenige Abgeordnete, darunter kaum Frauen, zu bezeichnen. Es sind Abgeordnete aus Ost- und Westdeutschland, die ein pragmatisches Bild ihrer Rolle pflegen. Sie wollen konkrete Vorhaben umsetzen und schätzen klare Standpunkte. Festzuhalten bleibt, dass Frauen tendenziell als Idealistinnen zu bezeichnen sind – die Art des Ideals, das sie pflegen, entspringt dabei durchaus systemspezifischen Sozialisationserfahrungen (Knaut 2010).

1.4 Geschlechterbilder

Geschlechterselbstbild und -fremdbild werden über die gesellschaftliche Sozialisation erworben und fließen in die politische Sozialisation ein. Abgeordnete bringen Bilder, Vorstellungen und Verhaltensnormen über Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in den Bundestag mit. Inwiefern spiegeln sich die unterschiedlichen Sozialisationen in BRD und DDR in den Aussagen der Abgeordneten zu ihren Geschlechterbildern?

Die meisten der befragten Frauen thematisieren, dass sie ‚anders' arbeiteten als Männer und einen ‚anderen' Kommunikationsstil pflegen. Frauen seien kooperativer und das Kommunikationsklima sei besser, was schließlich zu mehr Effizienz führe. Frauen, so diese Abgeordneten, würden integrierender, zielgerichteter kommunizieren und sich nicht so zur Schau stellen,

„ohne diese Eitelkeit und das Brimborium der Durchsetzungsfähigkeit gleichzeitig mitzubedienen."

Einige der Westfrauen meinen, dass sie besonders hart arbeiten müssten, um bei ‚harten' Themen (wie Wirtschaft und Finanzen) Anerkennung zu finden. In Ausschüssen müssten sie besonders kompetent auftreten, um sich durchsetzen zu können und sich letztlich auch durchzusetzen:

„Ich glaube, es ist immer noch so, dass Frauen besser sein müssen, um die gleiche Anerkennung zu erhalten wie ein Mann."

Diese Selbsteinschätzung wird in den Interviews mit Männern gestützt, von denen einige zwar einen höheren Frauenanteil begrüßen, aber gleichzeitig bedauern, dass Frauen

oft nicht ausreichend qualifiziert seien. Auffallend bei den Ostfrauen ist, dass sie betonen, sie hätten durch ihre Ostsozialisation einen Vorteil gegenüber den Westfrauen:

„Also, […] ich hab' gelernt, in der DDR meinen Mann zu stehen als Frau. Deswegen lass ich mir da nicht die Butter vom Brot nehmen."

Auf dieses „arbeiten können wie ein Mann", immer eigenes Geld verdient zu haben, sind die Ostfrauen stolz. In diesem Zusammenhang fällt auch auf, dass sie von sich und ihren Geschlechtsgenossinnen immer in der männlichen Form sprechen, während die Westfrauen, zumindest teilweise, eine geschlechtersensible Sprache verwenden. Ein weiterer Unterschied zeigt sich bei der Frage nach der Relevanz der äußeren Erscheinung (Kleidung, Frisur, Aussehen). Westfrauen problematisieren, dass Frauen stärker über ihr Äußeres wahrgenommen würden und dass sie sich dementsprechend verhalten müssten, um positiv wahrgenommen zu werden.

„Genau so wie ich die Strukturen in der CDU kennen muss, muss ich einfach wissen, natürlich kann ich das letzte großkarierte Sakko nehmen, was ich in meinem Kleiderschrank habe, wenn ich in eine Talkshow gehe, ich kann's aber auch sein lassen, wenn ich nicht will, dass über das Sakko diskutiert wird."

Andere interviewte Westfrauen argumentieren ähnlich. Sie meinen, Frauen würden viel stärker über ihre Kleidung und ihre Frisur wahrgenommen werden als Männer. Männer könnten eine schlecht sitzende Krawatte eher durch den Machtfaktor bzw. ihre Bedeutung als Abgeordneter ausgleichen. Eine solche Fixierung auf die Wirkung des Aussehens findet sich in den Interviews mit den Ostfrauen nicht. Danach befragt, sagen diese, dass unabhängig vom Geschlecht ‚gutes Aussehen' oder bestimmte Charakteristika die Wahrnehmung und die Glaubwürdigkeit von Abgeordneten verbessern würden:

„[…] gutes Aussehen schadet natürlich nicht und es schadet auch nicht, sagen wir mal für bestimmte Sachen im Fernsehen, wenn man besondere äußere Merkmale hat, wie bei Frau Y, die roten Haare, oder so, ne. Weil sich das dann eben auch mehr einprägt. […] Also, das gute Aussehen heißt ja nicht, dass jemand einen Schönheitswettbewerb gewinnt, sondern dass er irgendwie glaubwürdig rüberkommt."

Die Ostfrauen sind stärker darauf ausgerichtet, sich einer männlichen Sprache und männlichen Kommunikationsstilen anzupassen, und sind darauf stolz. In ihrer Selbsteinschätzung werden sie wegen ihrer Herkunft aus dem Osten marginalisiert, aber nicht, weil ihr Geschlecht weiblich ist. Diese aus der DDR-Sozialisation übernommene Denkweise ist bei den Abgeordneten, die in der BRD groß geworden sind, nicht zu finden. Westfrauen thematisieren, dass ‚weiche' Themen wie Bildung und Familienpolitik eigentlich die ‚harten' seien, da es Zukunftsthemen seien und dass dementsprechend Männer umdenken müssten. Dies wird von den Ostfrauen nicht so gesehen, da sie sich als in einer Gesellschaft aufgewachsen sehen, die das Ideal der Gleichberechtigung weitgehend verwirklicht habe. Konsequenz ist in ihrem Selbstbild, dass sie auch im Bundestag nicht gegen Männer kämpfen, sondern gegen Strukturen. Die Einschätzung, auch harte Themen bearbeiten zu können und zu wollen, spiegelt sich allmählich in der Besetzung der Positionen der Ausschussvorsitzenden wider: Im Zeitverlauf sieht man eine deutliche Steigerung. 1990 waren im ersten gesamtdeutschen Bundestag alle männlich konnotierten Ausschüsse mit männlichen Vorsitzenden besetzt. In der 16.

Wahlperiode findet sich immerhin eine Frau als Vorsitzende eines dieser Ausschüsse. In der aktuellen 17. Wahlperiode haben Frauen den Vorsitz des Haushaltsausschusses und des Verteidigungsausschusses inne. Dem Finanz-, Innen- und Auswärtigen Ausschuss stehen Männer vor. Allerdings hat keine Ostfrau den Vorsitz eines solchen männlich konnotierten Ausschusses inne (Bundestag 2010). An Willen und Selbstbewusstsein, alle Themen zu bearbeiten, fehlt es weder bei Ost- noch bei Westfrauen, der Weg in solche Spitzenpositionen ist aber immer noch schwierig. Welche Strategien entwickeln Abgeordnete, um an begehrte Themen oder Positionen zu kommen?

2 Integration in die Strukturen des Bundestages

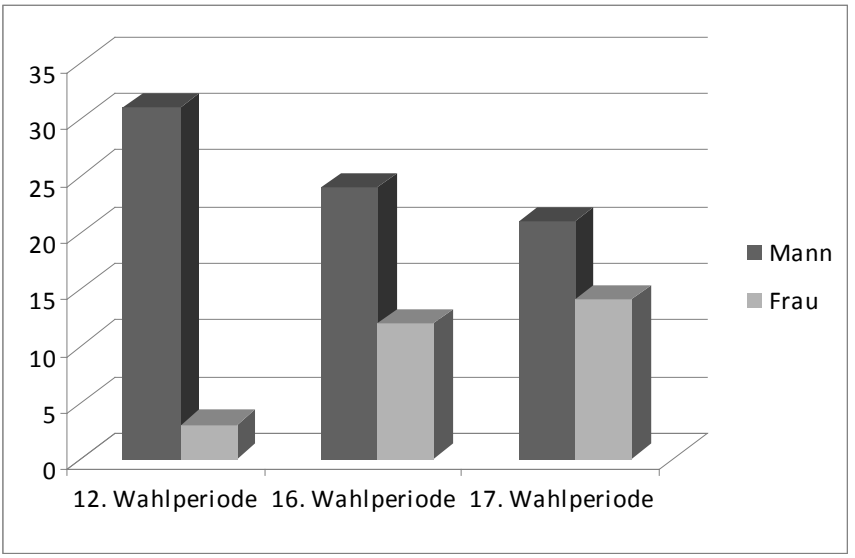
2.1 Frauenanteile im Bundestag

Die Strukturen des Bundestages, jahrzehntelang durch Männer aus der alten BRD geprägt, wurden durch die Wende doppelt mit ‚neuen' AkteurInnen konfrontiert. Mit der Wende zusammen fiel ein deutlich ‚weiblicher' Bundestag mit 20,5 % Frauenanteil[6] aufgrund der nun wirkenden Frauenquoten.[7] Dazu kamen die Abgeordneten aus der ehemaligen DDR. Letztere sind inzwischen als integriert zu bezeichnen (Patzelt 2000). Dieses Urteil lässt sich angesichts unterschiedlicher Machtverständnisse (Penrose 1995) und aktueller Daten zu unterschiedlichen Handlungsorientierungen und Präferenzen von Frauen in Ost- und Westdeutschland (Allmendinger 2009) durchaus infrage stellen. Nimmt man hinzu, dass eine vollständige Integration von Frauen in Spitzenpositionen des Bundestages nach wie vor nicht erreicht ist, stellt sich die Frage, ob die Integration für Frauen aus dem Osten mit doppelten Hindernissen versehen ist. Der Wille, Einfluss zu nehmen und zu gestalten, ist bei den Frauen aus Ost und West im Bundestag vorhanden. Gemeinsam ist den Frauen auch, dass sie Politik als Beruf verstehen und ihn mit einem gesellschaftlichen Ideal verbinden. Dass diesem Selbstbewusstsein im parlamentarischen Alltag zahlreiche Stolpersteine entgegenstehen, zeigen schon die Frauenanteile an den zu vergebenden parlamentarischen Spitzenpositionen (BundestagspräsidentIn, Fraktionsvorsitzende/r, Parlamentarische/r GeschäftsführerIn, Ausschussvorsitzende/r) (siehe Abbildung 1).

6 Im ersten deutschen Bundestag von 1949 saßen 6,8 %, 1987 waren es 15,4 % (nach Hoecker 1994: 559). Geht man von der Annahme einer ‚descriptive representation' aus, müsste der Frauenanteil im Bundestag bei 50 % liegen, denn er liegt in der Bevölkerung aller Bundesländer bei 51 % (neue Bundesländer 51,05 %, alte Bundesländer inklusive Berlin 50,88 %) (ZDWA 2010).

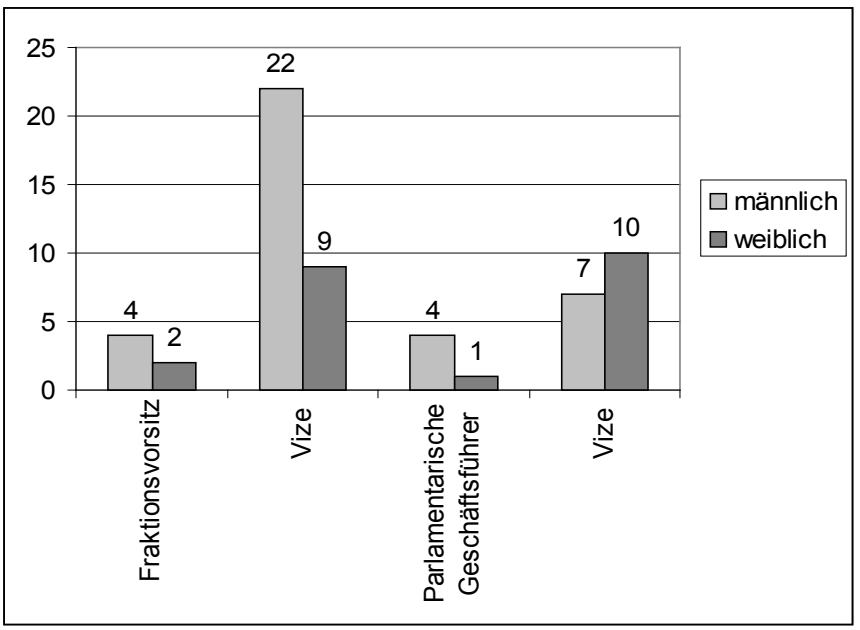
7 1986 führten die GRÜNEN eine 50%-Quote für alle Gremien und Organe des Bundesverbandes ein, die SPD 1988 eine 40/40-Regelung. Die PDS verpflichtete sich 1990 zu einem Frauenanteil von 50 % bei der Nominierung von KandidatInnen (vgl. Inhetveen 2002: 255ff.).

Abbildung 1: Frauen- und Männeranteil an Spitzenpositionen im Bundestag (Bundestag 2010)



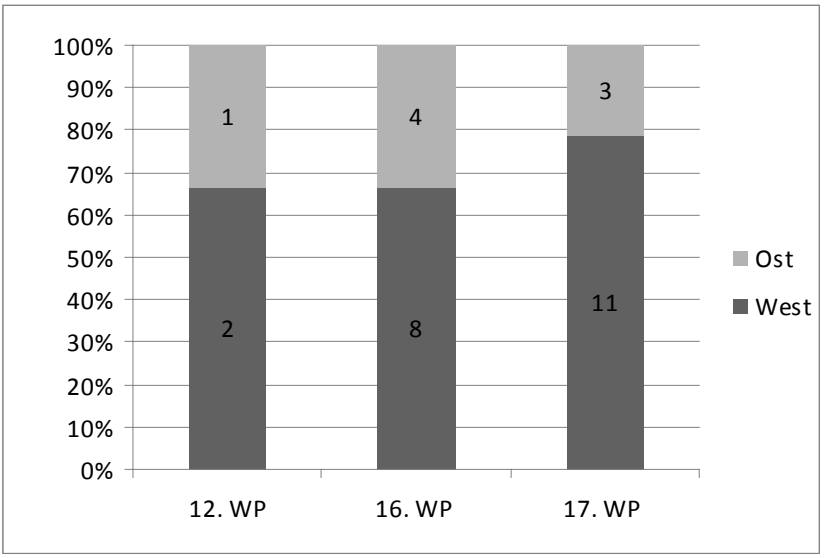
Zwar sind Frauen bei den zu vergebenden Spitzenpositionen in der 17. Wahlperiode besser vertreten als 1990 (12. Wahlperiode), dennoch bleibt eine deutliche Differenz zwischen Männern und Frauen. Etwas besser sieht es aus, wenn man die Stellvertreterinnen in den Überblick mit hineinnimmt. Exemplarisch an der 17. Wahlperiode sieht man, dass Frauen in den Fraktionsvorständen und als Parlamentarische Geschäftsführerinnen deutlich besser vertreten sind (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Frauenanteile Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische GeschäftsführerInnen sowie StellvertreterInnen in der 17. Wahlperiode (Bundestag 2010)



Diese Abbildungen weisen darauf hin, dass die ‚gläserne Decke' im Bundestag immer noch vorhanden ist. Argumentiert man, dass die Anteile der Ostfrauen in etwa gleich hoch sein sollten wie die der Westfrauen, verschärft sich das Bild.

Abbildung 3: Anteil der Ost- und Westfrauen an Spitzenpositionen, die im Bundestag von Frauen besetzt sind (Bundestag 2010)



Dass Frauen aus Ost und West zu etwa gleichen Teilen in Spitzenpositionen vertreten sein sollen, ist vielleicht nicht auf Anhieb einleuchtend, da man auf der Basis einer ‚descriptive representation' argumentieren könnte, dass Frauen aus der ehemaligen DDR quantitativ geringer vertreten sein müssten, da es weniger neue als alte Bundesländer gibt. Geht man aber davon aus, dass das qualitative Gewicht von spezifischen Interessen und Bedürfnissen von Frauen aus dem Osten genauso hoch zu bewerten ist wie das der Frauen aus dem Westen, ist ein Anteil von jeweils 50 % als Ideal anzusehen. Eine solche Argumentation schließt an Iris M. Youngs Konzeption serieller Kollektive und das Konzept einer ‚substantive representation' an. Integration wird in diesem Konzept aufgrund struktureller Merkmale (die ex ante ausschließend wirken) konzipiert (Young 1995, 2000; Knaut 2010). Hinzu kommt meines Erachtens ein weiterer Aspekt: Generell sind innerhalb der Eliten in der BRD ehemalige DDR-BürgerInnen unterrepräsentiert, mit der Folge, dass die Bevölkerung in den neuen Bundesländern diese als von Westdeutschen dominiert wahrnimmt (Koch 1998: 53). Ähnliches gilt für den Bundestag: Wenn die Akzeptanz von Demokratie und PolitikerInnen in den neuen Bundesländern steigen soll,[8] wäre ein deutliches Sichtbarsein ostdeutscher PolitikerInnen, vor allem auch in Spitzenpositionen, angebracht.

Akzeptiert man diese Annahme einer ‚substantive representation', lässt sich eine doppelte Marginalisierung von Ostfrauen diagnostizieren, denn ihnen gelingt es noch weniger als Westfrauen, in zentrale Positionen im Bundestag zu kommen. Wird den Ostfrauen die Übernahme eines Ausschussvorsitzes oder das Amt der Fraktionsvorsit-

8 In den neuen Bundesländern ist eine abnehmende Unterstützung von Demokratie zu verzeichnen, neben steigenden Nicht-WählerInnenzahlen, gerade bei jungen Frauen, sowie schwachem Institutionenvertrauen zu Bundestag und Bundesregierung (Gabriel 2000; Niedermayer 2005).

zenden nicht zugetraut oder fühlen sie sich möglicherweise selbst inkompetent? Hier führt die Auflistung der Frauenanteile nicht weiter, denn wie kommt es, dass Frauen überzeugt sind, dass ihre ‚weibliche' Persönlichkeitsstruktur nicht gut in die Politik passt (Lawless/Fox 2005: 113)? Zwar wird in den Interviews eine solch ‚extreme' Ansicht kaum vertreten, aber auch bei den Befragten gibt es Verunsicherungen darüber, wie ‚man' sich als ‚Frau' in den politischen Betrieb einfügen soll.[9] Eine, die es geschafft hat, sagt, man braucht

„männliche Fürsprecher […] und einen absoluten Willen zur Macht."

Diese klare Aussage ist aber eine Ausnahme. Eher sagen Frauen, dass sie, um sich durchsetzen zu können, fachlich exzellent sein müssen:

„Und das heißt, man muss im Zweifel arbeiten, arbeiten, arbeiten."

Frauen aus dem Westen thematisieren zudem den Nachteil, dass sie in der Regel später in die Politik eingestiegen sind als Männer.

„[D]as hat natürlich für viele schon einen strukturellen Nachteil. Viele Männerköpfe sind so strukturiert, dass sie eine lebenslange Mitgliedschaft [in der Partei bzw. in ihren Seilschaften] vorsehen, […] da entwickelt sich dann schon das Vater-Sohn- und Großvater-Fördersystem."

Wichtig, um sich im Bundestag zu behaupten und für bestimmte Gebiete als Expertin[10] anerkannt zu werden, ist aus Sicht aller Westfrauen, dass sie mehrere Jahre politische Ämter auf kommunaler, regionaler und Länderebene innehatten. Die Ostfrauen argumentieren ebenfalls mit Erfahrungen, beziehen sich allerdings stark auf berufliche Kompetenzen:

„Also mein Vorteil ist vielleicht, und das gilt dann wahrscheinlich für viele aus dem Osten, dass ich erstens mal was gelernt habe und mit meinem Beruf noch was anfangen kann und doch schon relativ lang im Berufsleben stehe. Ich weiß, dass das völlig exotisch ist, dass man mit 20 Jahren vor seiner ersten Klasse gestanden ist."

Frauen aus Ost wie aus West nennen zudem als wichtige ‚Durchsetzungsressource' die MitarbeiterInnen in ihren Büros in Bundestag und Wahlkreis. Diese werden aufgrund von Fachkompetenzen und Erfahrungen im politischen Betrieb und nicht zuletzt im Hinblick auf journalistische Kenntnisse ausgewählt. Beraten lassen sich die Westfrauen außerhalb des parlamentarischen und persönlichen Umfelds nicht (oder geben dies nicht

9 In anderen Studien mit Politikerinnen in Deutschland sagen Frauen, dass sie davon überzeugt seien, politisch wenig kompetent zu sein, und fürchten, dem politischen Betrieb und seinen von Männern bestimmten Anforderungen schlecht gewachsen zu sein (Schöler-Macher 1994: 236ff.). Bemängelt wird zudem, dass sie im Gegensatz zu männlichen ‚Neulingen' im Parlament zu wenig Unterstützung bekommen hätten und sich Wissen über Strukturen und Regeln alleine aneignen mussten (Weber 2000).

10 Eine der Interviewpartnerinnen war Landesministerin und nutzt ihre da erworbene Fachkompetenz, um im Bundestag als Ausschussvorsitzende kompetent und erfolgreich agieren zu können. Eine andere war Vorsitzende der Jugendorganisation ihrer Partei und betont, dass sie dadurch im Bundestag als Politprofi agieren könne.

zu). Ostfrauen sagen hingegen, dass sie sich selbstverständlich beraten lassen, um politisch erfolgreich agieren zu können.

2.2 Netzwerke und schwesterliche Bünde

Ein wichtiger Faktor, um an Spitzenpositionen zu kommen und die ‚gläserne Decke' zu durchbrechen, ist für die Frauen die Unterstützung durch Netzwerke. Netzwerke sind, glaubt man Selbstaussagen von Frauen, die es an die Spitze geschafft haben, ihr Erfolgsgeheimnis (Illner 2005). Männer haben es vorgemacht: Dass in Seilschaften nicht nur Kontakte geknüpft, sondern auch Posten vergeben werden, wird publizistisch kommentiert[11] wie auch in der wissenschaftlichen Literatur anerkannt (Kreisky 1992; Schöler-Macher 1994; Dümig/Trefs/Zohlnhöfer 2006: 113). Welche Handlungsstrategien angewandt werden, um die ‚gläserne Decke' zu durchbrechen, lässt sich anhand einer von Helwerth/Schwarz (1995) gemachten Typologisierung in traditionell und feministisch orientierte Westfrauen sowie Ostfrauen ausdifferenzieren. Was Männer können, können wir auch, dies ist jedenfalls die Meinung der ‚feministischen' Westfrauen im Bundestag: Als Kontrapunkt zu den männlichen Seilschaften gründen sie Frauennetzwerke. Die Überzeugung von der Notwendigkeit solcher schwesterlichen Bünde gehört zur Sozialisation dieses Abgeordnetentypus auf dem Weg in die Politik. Grundsätzlich sind Frauennetzwerke in der Regel in irgendeiner Weise institutionalisiert. Das unterscheidet sie von männlichen Seilschaften, die vor allem dann als erfolgreich gelten, wenn sie der Öffentlichkeit bzw. Außenstehenden nicht bekannt sind (Knaut 2010). Frauennetzwerke in Parteien und Fraktionen sind offen für alle Frauen bzw. sie können qua Geschlecht Mitglied sein, wie bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen oder dem Frauenplenum der Fraktion DIE LINKE, das in der Fraktionsgeschäftsordnung institutionalisiert ist. Solche Netzwerke folgen bestimmten Zyklen des Zusammentreffens, sie geben sich teilweise Geschäftsordnungen und einen Namen, der sie in der Öffentlichkeit erkennbar macht. Dadurch, dass ihre Entstehungsgeschichte nicht von Zufälligkeiten und Spontaneität geprägt ist – im Gegensatz zu den Seilschaften –, sondern mit einem bestimmten Ziel erfolgt, sind sie nach Meinung der Frauen anfällig, bei Konflikten auseinanderzubrechen:

„Und dann glaube ich, dass, selbst wenn Netzwerke geschaffen worden sind, sie störanfälliger sind durch die jeweiligen emotionalen Erwartungsstrukturen an die Frauen, also die realen Mitglieder dieses weiblichen Netzwerkes."

Bemängelt wird auch, Frauen würden ihre eigenen Geschlechtsgenossinnen nicht so bedingungslos mit nach oben ziehen, wie das Männer von klein auf gewohnt seien:

„Also, es darf keiner hochkommen, sondern er wird dann von den anderen runtergezogen. Also nicht, aha, wir können es ja nicht alle werden, weil die Plätze und Strukturen sind begrenzt."

Trotzdem sind für die, die in solchen Netzwerken aktiv sind, diese Netzwerke wichtige Institutionen zur gegenseitigen Unterstützung.

11 So bot beispielsweise der Aufstieg Angela Merkels Stoff für zahlreiche publizistische Vermutungen. Hajo Schumacher schreibt, Angela Merkel habe ihren Aufstieg nicht zuletzt durch die Unterstützung von Frauennetzwerken geschafft (Schumacher 2006: 82ff.). Auch das ‚girls camp' Angela Merkels wurde als Erfolgsmotor identifiziert (Roll 2005).

Anders als ihre ‚feministischen' Schwestern denken die ‚traditionellen' Westfrauen. Sie sind eher misstrauisch gegenüber schwesterlichen Bünden. Frauennetzwerke seien künstlich und aufgrund der Erkenntnis entstanden, man müsste männlichen Seilschaften etwas von Frauen-Seite entgegensetzen:

„Ich halte nichts von Netzwerken ‚Wir Frauen in Deutschland' oder ‚Wir liberalen Frauen'."

Solche Frauen sind oft nicht Mitglied in den entsprechenden Frauennetzwerken in Partei und Fraktion. Allerdings geht diese Abneigung gegenüber Frauennetzwerken und schwesterlichen Bünden nicht mit einer generellen Abneigung gegenüber Netzwerken einher. Im Gegenteil: Diese Frauen sind davon überzeugt, dass ‚networking' einen Teil des politischen Erfolgs ausmacht. Zum persönlichen Netz gehören FreundInnen, Familie, aber auch MitarbeiterInnen und Fachkontakte. Die Frauen dieses Typus, die schon Spitzenpositionen haben oder hatten, unterstreichen, dass es vor allem wichtig sei, in männliche Seilschaften einzudringen. Dazu gehöre es eben auch, männliche ‚Spiele' wie die gemeinsame ‚Nachbereitung' von Sitzungen in der Kneipe oder Witze hinzunehmen und Sprüche zu akzeptieren.

In dieser Typologie ist zudem ein anderer Bias auffällig: das Alter. Für ältere Abgeordnete (nicht nur die ‚feministischen') ist irgendeine Art von ‚Frauensolidarität' wichtig für die politische Karriere oder als emotionale Ressource. Jüngere Abgeordnete aus dem Westen hingegen sind im Allgemeinen misstrauisch, was solche institutionalisierten Frauenzusammenschlüsse angeht. Sie zweifeln den Erfolg solcher Zweckbündnisse an und setzen eher auf eine freundschaftliche Solidarität unter Frauen, genauso wie auf die zwischen Frauen und Männern.

Bei den Abgeordneten, die in der DDR aufgewachsen sind, kommt die Sozialisation in einem Land mit ‚verordneter' Gleichberechtigung deutlich zum Tragen. Eine Art ‚Gegnerschaft' zu Männern und die Selbstbeschreibung als die eigentlich ‚bessere' Hälfte der Menschheit fehlen unter den Ostfrauen. Einerseits halten die Ost-Abgeordneten es für selbstverständlich, dass es institutionalisierte Frauennetzwerke gibt, um eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu verwirklichen, mit der Begründung, Frauen bräuchten hier eine Starthilfe, um sich zu vernetzen,

„weil die Männer ja da einen Vorsprung an Erfahrung haben".

Abseits davon ist das Thema ‚Geschlecht' aber uninteressant. Die Ostfrauen argumentieren durchweg funktional:

„Also, weil erstmal nur, die Frauen sind ja in der Regel in der Minderheit, nur auf die Frauen kann man sich nicht verlassen. Und, wenn man wirklich eine überzeugende Mehrheit haben will, dann braucht man entsprechende männliche Unterstützung."

Das Thema ‚Netzwerke' wird sofort in den Kontext der Durchsetzung von Interessen und des Umgangs mit formellen Strukturen gesetzt:

„Also die wichtigsten Entscheidungsstrukturen informeller Art sind natürlich alle die Strukturen, in denen Dinge vorbereitet werden, bevor sie ins Parlament kommen […]. Und dann sind die informellen Strukturen also häufig einflussreicher als die formellen."

Abseits der Typologie ist anzunehmen, dass manche Frauen schwesterliche Bünde, komplementär zu Seilschaften, pflegen. In den Interviews finden sich hierzu von männlicher Seite Hinweise[12] und eine Abgeordnete berichtet, dass es neben dem Frauennetzwerk der Fraktion auch informelle Frauentreffen gäbe:

„Und natürlich trifft man sich bei bestimmten Sachen, also wenn Personalentscheidungen vorzubereiten sind, in kleinen Gruppen."

Ob solche schwesterlichen Bünde existieren und nicht nur hilfreich im Sinne gegenseitiger Unterstützung sind, sondern auch zur Durchsetzung spezifisch politischer Ziele genutzt werden, sei dahingestellt. Die in den Interviews oft genannten Freundschaften mit Frauen dienen allerdings vermutlich genauso dem ‚Klüngeln' und ‚Kungeln', auch wenn die Frauen solche Freundschaften nicht als Seilschaften beschreiben.

2.3 Abgeordnete als PolitikvermittlerInnen

Unter dem Aspekt politischen Handelns ist die Frage nach der Politikvermittlung (Sarcinelli 2009) relevant. Abgeordnete vermitteln Politik über Massenmedien und direkte Kommunikation mit BürgerInnen, in Institutionen und Verbänden aller Art und nicht zuletzt in der eigenen Partei, um die Legitimität ihres Handelns zu erhalten bzw. um politisch erfolgreich zu sein (Herzog 1993; Knaut 2010).

Wie Abgeordnete Politik an die BürgerInnen vermitteln, ist in Ost und West im Prinzip gleich: Fast alle Abgeordneten räumen der Arbeit im Wahlkreis und den direkten Kontakten mit Menschen Priorität vor der medialen Politikvermittlung ein. Aber es gibt Differenzen: So fällt bei den Ostfrauen auf, dass sie versuchen, auch zu vermeintlich unpolitischen BürgerInnen Kontakt aufzunehmen, indem sie über ihr Wahlkreisbüro kulturelle und soziale Veranstaltungen organisieren:

„[...] dass ich versuche interessante Leute aus ganz unterschiedlichen Bereichen, die müssen nicht unbedingt aus der Politik sein, in den Wahlkreis zu holen und dort vor Ort ein Gespräch anzubieten."

Eine andere berichtet sogar, sie würde multikulturelles Kochen und Tanzabende organisieren. Die westlichen Abgeordneten erzählen eher, dass sie Einladungen von Vereinen, Verbänden, Unternehmen etc. wahrnehmen.

3 Ungleiche Schwestern auf dem Weg zur Macht?

In den vorangegangenen Abschnitten wurde deutlich, dass Selbstverständnis und Handlungsstrategien der Abgeordneten in ihren Sozialisationserfahrungen im jeweiligen Teil Deutschlands verwurzelt sind.

Schemata, wie eine prinzipielle Gleichgültigkeit in Geschlechterfragen bei den Traditionalistinnen und eine gewisse Fixiertheit auf Männer als Kontrahenten bei den Westfrauen beziehungsweise die grundsätzliche Fokussierung von Ostfrauen auf das

12 In den Interviews mit männlichen Abgeordneten wird immer wieder darauf hingewiesen, dass auch Frauen Seilschaften und ‚Kungelrunden' pflegten.

‚System' und auf die schon realisierte Gleichheit der Geschlechter, wie sie Helwerth/Schwarz (1995: 131) beschreiben, kommen auch bei den Abgeordneten zum Vorschein.

Trotzdem soll betont werden, dass in der Summe die Unterschiede in den Rollenidealen im Detail liegen. So sind die meisten Frauen als Idealistinnen zu bezeichnen. Konkrete Ereignisse motivierten sie, in die Politik zu gehen.[13] Sie haben ein Idealbild einer Gesellschaft, dem sie durch ihr Engagement näher zu kommen hoffen. Westfrauen nehmen dabei Hindernisse wahr, die in männlichen Strukturen liegen, um sich durchzusetzen beziehungsweise attraktive Themen bearbeiten zu können oder in entsprechende Positionen aufzusteigen, für Ostfrauen ist dies kein Thema.

Diese weitgehende Gemeinsamkeit lässt sich für die Geschlechterbilder nicht konstatieren, hier zeigt sich die Sozialisation deutlich. Abgeordnete, die in der alten BRD aufgewachsen sind, thematisieren spezifische Qualitäten von Frauen, was z. B. ihr Kommunikationsverhalten betrifft, und gleichzeitig ‚männliche' Barrieren im Bundestag. Sie sind deutlich selbstkritischer als die Frauen aus der ehemaligen DDR gegenüber ihrer Rolle als Frau. Jene hingegen sehen das Hindernis ‚Mann' nicht, denn Partnerschaft und gleiche Chancen im Parlament sind für sie selbstverständlich. Dieses Selbstbewusstsein begründen sie mit ihren Erfahrungen in der DDR.

Im Hinblick auf Handlungsstrategien gibt es eine große Gemeinsamkeit: Alle Frauen versuchen, Netzwerke zu knüpfen. Differenziert werden müssen aber die verschiedenen Typen von Netzwerken, die jeweils bevorzugt und als erfolgversprechend angesehen werden. Die Abgeordneten mit DDR-Sozialisation sehen ein Sich-Zusammenschließen, um bestimmte Ziele zu erreichen, als ‚normal' an, als etwas, das sie schon früh in Studium, Ausbildung und Beruf gelernt haben. Der Faktor ‚Geschlecht' ist dabei irrelevant. ‚Man' will gemeinsam etwas erreichen und sucht sich Verbündete. Die Westfrauen sind, gleich wie sie zu Seilschaften, Frauennetzwerken und ähnlichem stehen, geschlechtersensibel und wägen Vor- und Nachteile der Typen ab. Sie argumentieren dabei deutlich selbstzentrierter als die Ostfrauen: Nicht ein „Gemeinsam etwas erreichen wollen", sondern die Frage „Wie kann ich mich gut positionieren" steht im Vordergrund. Auch diese Denkweise ist ein ‚Erbe' der Sozialisationen: Westfrauen sind mit der Idee der Selbstverwirklichung und der ‚Entfaltung der Persönlichkeit' in einer demokratischen Gesellschaft großgeworden. Ostdeutsche Frauen sind zwar froh, die DDR als politisches System überwunden zu haben, und wollen eine gerechte, demokratische Gesellschaft gestalten, erinnern dabei aber an einen ostdeutschen Manager,

> „der zwar die Mechanismen der Marktwirtschaft begrüßt, gleichwohl in seinem Organisationshandeln eher familienähnliche Sozialbeziehungen im Unternehmen bevorzugt, bei denen Gemeinschaftsgeist, Vertrauen und persönlicher Kontakt eine zentrale Rolle spielen." (Bittner 2009: 11)

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die ost- oder westdeutsche Sozialisation im Detail prägend für Rollenideal, Handlungsorientierungen und Politikvermittlung der weiblichen Abgeordneten ist. Gemeinsamkeiten im Rollenverständnis, Politikvermittlung, Handlungsorientierungen lassen auf eine weitgehende Integration schließen. Es sind eher die Westfrauen, die darauf aufmerksam machen, dass Exklusionsmechanismen im Parlament greifen. Ob die Färbung und Dicke der ‚gläsernen Decke' je nach Sozialisation eine andere ist, lässt sich hier nur schwer beurteilen. Klar scheint nur zu sein, dass

13 Auch das ist ein Ergebnis, das sich mit anderen Studien deckt (Geißel 1995: 28).

es für Frauen aus dem Osten doch noch etwas schwerer ist, in Spitzenpositionen zu kommen – vielleicht auch, weil sie die Grundannahme pflegen, dass Männer und Frauen gleiche Chancen haben, an Spitzenpositionen zu kommen und gleich behandelt zu werden. So gesehen ist die Karriere von Angela Merkel in zweierlei Hinsicht die große Ausnahme und nicht die Regel – als Frau und als Frau aus dem Osten. Wie das Ergebnis des Einflusses der BRD- beziehungsweise der DDR-Sozialisation, die bis in die zweite Generation greift, sich auf Repräsentanz oder Erfolg von Ostfrauen weiterhin auswirkt, bleibt abzuwarten. Die Relevanz von Generationen- und Fraktionsunterschieden kann hier noch nicht gezeigt werden. Möglicherweise lohnt in den kommenden Jahren eine Studie, die dies leistet, wenn weiterhin jüngere Abgeordnete aus dem Osten in allen Fraktionen im Bundestag sitzen, die nicht mehr in der DDR zur Schule gegangen sind. Bisher sind die Fallzahlen für eine repräsentative Studie noch zu gering. Die Frage der Integration von Frauen beziehungsweise der Transformation eines westlichen in ein gesamtdeutsches Parlament ist also weiterhin zu diskutieren.

Literaturverzeichnis

Allmendinger, Jutta. (2009). *Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen.* Die BRIGITTE-Studie. München: Pantheon

Bittner, Regina. (2009). Deutschland seit 1990. Kulturtechniken der Transformation. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28, 9–15

Bundestag. (2010). *Daten zum Deutschen Bundestag und den Fraktionen*. Zugriff am 21. Februar 2010 unter www.bundestag.de

Dümig, Kathrin; Trefs, Matthias & Zohlnhöfer, Reimut. (2006). Die Faktionen der CDU: Bändigung durch institutionalisierte Einbindung. In Patrick Köllner, Matthias Basedau, Gero Erdmann, Joachim Betz, Klaus Detterbeck, Saskia Richter, Siegmar Schmidt, Matthias Trefs & Claudia Zilla (Hrsg.), *Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionalismus im internationalen Vergleich* (S. 99–129). Frankfurt a. M.: Campus

Emundts, Corianna. (2006). Mütter der Nation. *Die Zeit*, 28.09.2006

Gabriel, Oscar W. (2000). Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In Jürgen Falter (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 41–77). Opladen: Leske + Budrich

Geißel, Brigitte. (1995). Politisierungsprozesse und politische Sozialisation von Frauen. Überblick und Diskussion zum Forschungsstand in der aktuellen deutschen und anglosächsischen Literatur. In Eva Maleck-Lewy (Hrsg.), *Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz* (S. 17–36). Berlin: edition sigma

Helwerth, Ulrike & Schwarz, Gislinde. (1995). *Von Muttis und Emanzen. Feministinnen in Ost- und Westdeutschland.* Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch-Verlag

Herzog, Dietrich. (1993). Der Funktionswandel des Parlamentes in der sozialstaatlichen Demokratie. In Dietrich Herzog (Hrsg.), *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie* (S. 13–52). Opladen: Westdeutscher Verlag

Hoecker, Beate. (1994). Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4, 556–581

Holland-Cunz, Barbara. (1999). Die Vergeschlechtlichung des Politischen. Etappen, Dimensionen und Perspektiven einer Theorieinnovation. In Michael Th. Greven & Rainer Schmalz-Bruns

(Hrsg.), *Politische Theorie heute. Ansätze und Perspektiven* (S. 121–145). Baden-Baden: Nomos Verlag

Illner, Maybrit. (Hrsg.). (2005). *Frauen an der Macht. 21 einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit.* Kreuzlingen: Diederichs

Inhetveen, Katharina. (2002). *Institutionelle Innovationen in politischen Parteien. Geschlechterquoten in Deutschland und Norwegen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Knaut, Annette. (2010, im Erscheinen). *Abgeordnete als Politikvermittler*. Baden-Baden: Nomos

Koch, Thomas. (1998). Ostdeutsche Identitäten in der dualistischen Gesellschaft Bundesrepublik. Ein Modellierungsversuch. In Michael Häder & Sabine Häder (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Theoretische und methodische Beiträge zur Analyse der Situation seit 1990* (S. 38–63). Opladen: Westdeutscher Verlag

Kreisky, Eva. (1992). Der Staat als ‚Männerbund'. Der Versuch einer feministischen Staatssicht. In Elke Biester (Hrsg.), *Staat aus feministischer Sicht* (S. 53–62). Dokumentation des Workshops der Ad-Hoc-Gruppe „Politik und Geschlecht" in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) anlässlich des 18. Wissenschaftlichen Kongresses der DVPW, Oktober 1991. Berlin: Universitätsdruckerei der Freien Universität Berlin

Kreisky, Eva. (2004). Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In Sieglinde K. Rosenberger (Hrsg.), *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven* (S. 23–43.). Wien: WUV

Lawless, Jennifer L. & Fox, Richard Logan. (2005). *It takes a candidate. Why women don't run for office*. Cambridge: Cambridge University Press

Niedermayer, Oskar. (2005). *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen* (2., aktualisierte und erweiterte Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Patzelt, Werner J. (2000). „Seiteneinsteiger, Neulinge, Ossis …": Die Integration ostdeutscher Abgeordneter in ‚gesamtdeutsche' Parlamente. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 3, 542–568

Penrose, Virginia. (1995). „Ich sehe das anders---" Machtverständnis parteipolitisch aktiver Frauen in Ost- und Westdeutschland. In Eva Maleck-Lewy (Hrsg.), *Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz* (S. 137–163). Berlin: edition sigma

Roll, Evelyn. (2005). Ein Rollenmodell probt seine Rolle. *Süddeutsche Zeitung*, 22.11.2005

Sarcinelli, Ulrich. (2009). *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System* (2., überarbeitete und erweiterte Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Schäfer, Eva; Dietzsch, Ina & Drauschke, Petra. (Hrsg.). (2005). *Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse in Deutschland seit der Wende.* Münster: Westfälisches Dampfboot

Schöler-Macher, Bärbel. (1994). *Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten.* Weinheim: Deutscher Studien-Verlag

Schrutka-Rechtensamm, Heide. (1992). Alltag und Lebenslauf: Konzepte und Brüche. In Barbara Geiling-Maul (Hrsg.), *Frauenalltag. Weibliche Lebenskultur in beiden Teilen Deutschlands* (S. 15–23). Köln: Bund-Verlag

Schumacher, Hajo. (2006). *Die zwölf Gesetze der Macht. Angela Merkels Erfolgsgeheimnisse*. München: Blessing

Strauss, Anselm L. (1998). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung* (Unveränd. Nachdr. d. 2. Aufl.). München: Fink

Weber, Ulla. (2000). Handlungskompetenzen für Frauen in der Politik. In Helga Foster (Hrsg.), *Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik* (S. 63–119). (2. Auflage). Herbolzheim: Centaurus Verlag

Weege, Wilhelm. (2003). *Karrieren, Verhaltensmerkmale und Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten.* Berlin: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Young, Iris Marion. (1995). Geschlecht als serielle Kollektivität: Frauen als soziales Kollektiv. In Katharina Pühl (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse und Politik* (S. 223–261). Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Young, Iris Marion. (2000). *Inclusion and democracy*. Oxford: Oxford University Press

ZDWA. (2010). *Demografischer Wandel in Zahlen*. Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels. Zugriff am 22. Februar 2010 unter www.zdwa.de/cgi-bin/demodata/index.plx

Zur Person

Annette Knaut, Dr. des., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau (Politikwissenschaft). Arbeitsschwerpunkte: Politik und Geschlecht, Politische Kommunikationsforschung, Parlamentarismusforschung, Repräsentationstheorien
Kontakt: Kaufhausgasse 9, 76829 Landau
E-Mail: knaut@uni-landau.de